

XXIII. GP.-NR

4396 /J

21. Mai 2008

**Anfrage**

der Abgeordneten Mag<sup>a</sup>. Christine Lapp  
und Genossinnen und Genossen

an den Bundesminister für Finanzen  
betreffend Pflegefonds

In einer Rede zur Lage der Nation hat Vizekanzler Molterer vorgeschlagen, dass Erlöse aus Privatisierungen in einen Fonds fließen sollen, der für Maßnahmen von Pflege verwendet werden soll: „Zudem schlage ich vor, dass Erlöse aus Privatisierungen nicht mehr ins Budget fließen sollen, sondern für einen Österreich-Fonds, für eine soziale Politik von morgen, zur Verfügung gestellt wird. Aus den Erträgen des Österreich-Fonds sollen wir uns für die sozialen Kosten von morgen rüsten. Molterer erinnerte dabei an den Familienlastenausgleichsfonds, der eine Erfindung von Julius Raab ist. Wir haben nun dieselbe Verpflichtung für den Pflege-Bereich.“ OTS Nr. 277 vom 15.5.2008.

Nachdem in der Regierung eine gemeinsame Vorgangsweise zur Valorisierung des Pflegegeldes und Maßnahmen im Pflegebereich festgeschrieben wurde und nun eine neue Idee vorgestellt wurde, erheben sich doch einige Fragen.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an das oben genannte Mitglied der Bundesregierung nachstehende

**Anfrage**

1. Welche Betriebe, die noch im Staatseigentum wollen Sie privatisieren?
2. Wie viel Einnahmen erwarten Sie sich daraus?
3. Wie hoch sind jetzt die jährlichen Einnahmen aus diesen Betrieben?
4. Wie hoch müsste der Einmal Erlös der Privatisierungen sein, damit unter Berücksichtigung der Zinsen jährlich ansteigende Leistungen für den Pflegebereich gewährleistet sind?
5. Der Familienlastenausgleichsfonds wurde 1948 durch Lohnverzicht von ArbeitnehmerInnen gegründet und 2008 zahlen Unternehmer 4,5% der Lohnsumme in den Fonds ein. Obwohl nur Personen mit Kindern Leistungen aus dem Fonds bekommen, ist der Fonds sehr hoch verschuldet. Wie hoch sind derzeit die Schulden im Familienlastenausgleichsfonds?
6. Warum wollen Sie einen solchen Fonds für den Bereich der Pflege einrichten?
7. Welche Angebote sollen für die Betroffenen und ihre Angehörigen dadurch finanziert werden?
8. Da die Bundesländer einen großen Teil der Verantwortung für den Bereich der Pflege haben, stellt sich die Frage ob sich bei der Aufteilung der Kompetenzen zwischen Bund und Ländern etwas ändern soll?
9. Wollen Sie im Bereich der Pflege einen Umstieg von einem steuerfinanzierten System in ein anderes System?
10. Sind Sie für eine Valorisierung des Pflegegeldes?
11. In welchem Ausmaß?

Christine Lapp  
Kraus

Gertraude Köpplinger  
Hauer